

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
AntiAtom Bonn
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW – Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

Gronau/Lingen/Bonn, 9. Oktober 2018

Atomkraftgegner heute im Bundesumweltministerium:

- Urananreicherung und Brennelementefertigung beenden**
- Kein Uranbrennstoff mehr für Pannenreaktoren**

Anti-Atomkraft-Initiativen aus Gronau, Lingen, Münster und Bonn sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW sind heute im Bundesumweltministerium in Bonn, um über die seit langem geforderte Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementefabrik Lingen zu sprechen. Außerdem steht ein Exportstopp für angereichertes Uran und Brennelemente für die sicherheitstechnisch mangelhaften Atomkraftwerke in Belgien, Frankreich und anderswo auf der Tagesordnung.

Die Große Koalition hatte zu Jahresbeginn beschlossen, einen solchen Exportstopp zu "prüfen". Ende 2017 hatte ein Gutachten für das Bundesumweltministerium zudem ergeben, dass eine Stilllegung der beiden Atomanlagen im Rahmen des für Deutschland vereinbarten Atomausstiegs rechtlich problemlos möglich ist.

"Es kann nicht sein, dass aus Deutschland auch nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke 2022 weiterhin Atomkraftwerke in der Nachbarschaft und in aller Welt mit Uranbrennstoff aus Gronau und Lingen versorgt werden. AKW wie Tihange, Doel, Fessenheim, Cattenom oder auch Olkiluoto in Finnland fallen immer wieder durch gravierende Sicherheitsmängel auf und gefährden so das Leben von Millionen von Menschen – hier muss die Bundesregierung für einen kompletten und vollständigen Rückzug aus der Atomenergie sorgen," so Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und Vorstandsmitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Urenco Gronau: Kein angereichertes Uran mehr für Tihange und Doel

Die intensive politische Diskussion der letzten Jahre zu den Gefahren der Uranfabriken in Gronau und Lingen zeigt nun erste Wirkung: So kündigte der Gronauer Urananreicherer Urenco letzte Woche in Gronau gegenüber grünen und linken Bundestagsabgeordneten an, man habe "intern" beschlossen, in Gronau kein Uran mehr für die AKW in Tihange und Doel anzureichern.

"Dieser erste Schritt des Urenco-Konzerns zeigt, dass ein Exportstopp problemlos möglich ist. Wir fordern nun von Urenco, in Zukunft auch in den anderen Urananreicherungsanlagen des Konzerns kein Uran mehr für Tihange und Doel anzureichern. Außerdem fordern wir vom Betreiber der Brennelementefabrik Lingen, dem staatlichen französischen Atomkonzern EDF/Framatome, sich umgehend der Urenco-Maßnahme anzuschließen und keine Brennelemente mehr aus Lingen nach Belgien zu liefern. Der Atomausstieg muss endlich auch in Gronau und Lingen ankommen," so Christina Burchert vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf.

Die Initiativen und Verbände weisen zudem darauf hin, dass nächste Woche Mittwoch, 17. Oktober, in Berlin eine Bundestagsanhörung zur Zukunft der Uranfabriken in Gronau und Lingen stattfinden wird. Anlass sind entsprechende Gesetzesanträge der grünen und linken Bundestagsfraktionen. Um den Stilllegungsforderungen Nachdruck zu verleihen, fanden auch in den letzten Tagen wieder Protestaktionen an der Gronauer Urananreicherungsanlage statt.

Hinweis für die Redaktionen:

Für aktuelle Infos zu den Ergebnissen des heutigen Gesprächs im BMU können Sie uns ab 15 Uhr direkt in Bonn anrufen. Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Udo Buchholz (AKU Gronau / BBU): Tel. 0175 – 3432719

Christina Burchert (AKU Schüttorf): Tel. 0171 – 2804110

Matthias Eickhoff (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen): Tel. 0176 – 64699023

Weitere Informationen:

www.ippnw.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.antiatombonn.de